

„Brandmauern“ eingerissen

Südtirol

Die christlichen Demokraten regieren Südtirol seit Jahrzehnten. Für die Neubildung der Regierung gehen sie jetzt neue Wege. Es werden auf einmal Parteien salonfähig, die lange erklärte Gegner waren.

Von Matthias Rüb



Neue Koalition: Arno Kompatscher nach der Landtagswahl AP

In der norditalienischen Provinz Südtirol soll künftig eine Mitte-rechts-Koalition aus fünf Parteien regieren. Sechs Wochen nach den Wahlen vom 22. Oktober entschied sich die Führung der christdemokratischen Südtiroler Volkspartei (SVP) mit deutlicher Mehrheit für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit drei rechten Parteien der italienischen Sprachgruppe sowie mit der Partei „Die Freiheitlichen“ der deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit.

Die Freiheitlichen in Südtirol sind die Schwesterpartei der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) im nördlichen Nachbarland.

Aus der italienischen Sprachgruppe sollen die rechtskonservativen „Fratelli d'Italia“ von Regierungschefin Giorgia Meloni, die rechtsnationale Lega von Vizeministerpräsident Matteo Salvini und die christdemokratische „Lista Civica“ (Bürgerliste) in die Koalition unter Führung von Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) eintreten.

Bei der Tagung des Parteiausschusses der SVP entschied sich jeweils eine große Mehrheit für die Aufnahme formaler Koalitionsverhandlungen mit den drei Parteien der italienischen Sprachgruppe sowie den Freiheitlichen. Eine Minderheit wollte stattdessen Koalitionsverhandlungen mit der linksliberalen Partei „Team K“ des bisherigen Oppositionsführers Paul Köllensperger führen.

SVP will Ausweitung der Selbstverwaltungskompetenzen

Mit der Entscheidung schleift die SVP, die seit 1948 ununterbrochen die autonome Provinz regiert, gleich zwei politische „Brandmauern“. Neben der Lega, mit welcher die SVP schon seit 2018 in Bozen regiert, sollen nun auch Melonis Brüder Italiens der Koalition beitreten. Die Brüder galten wegen ihrer Wurzeln im Neofaschismus der Nachkriegszeit viele Jahrzehnte lang als Hauptgegner aller Parteien der deutschsprachigen Bevölkerung, die rund zwei Drittel der gut 530.000 Einwohner der Provinz stellen. Die Parteien der deutschen Sprachgruppe in Südtirol, allen voran die SVP, streben eine Ausweitung der Selbstverwaltungskompetenzen der autonomen Provinz an. Die Brüder Italiens galten bisher als maßgeblicher Vertreter jener politischen Strömung, die sich den

Selbstverwaltungsbestrebungen der Regionen und Provinzen widersetzt. Meloni hat zuletzt die Bereitschaft Roms zur Ausweitung der Autonomiebestimmungen signalisiert.

Die zweite „Brandmauer“ reißt die SVP ein, indem sie erstmals eine weitere Partei aus der deutschen Sprachgruppe in die Koalition holt – noch dazu die Freiheitlichen, die bis vor Kurzem als nicht „salonfähig“ galten. Damit eifert die SVP ihrer österreichischen Schwesterpartei ÖVP nach, die schon vor gut zwei Jahrzehnten eine Koalition mit der FPÖ eingegangen war. Die SVP, die sich als Sammelpartei der deutschsprachigen und auch der ladinischen Wähler in Südtirol versteht, hatte bei den Wahlen im Oktober starke Verluste erlitten, blieb aber mit 34,5 Prozent der Stimmen stärkste politische Kraft. Sie verlor zwei Mandate und stellt im neuen Landtag nun noch 13 der insgesamt 35 Abgeordneten. Die Brüder Italiens konnten ihren Stimmenanteil auf sechs Prozent verdreifachen und stellen zwei Mandate. Starke Verluste musste die Lega hinnehmen, sie verlor drei ihrer bisher vier Mandate. Ein Mandat errang auch die Lista Civica, die erstmals antrat. Die Freiheitlichen konnten trotz leichter Stimmenverluste ihre zwei Mandate verteidigen. Sollte die Koalition wie von der SVP gewünscht zustande kommen, würde sie mit 19 Mandaten über eine stabile Mehrheit verfügen und hätte gute Aussichten, die gesamte Legislaturperiode von fünf Jahren zu überdauern.

Die Oppositionsparteien übten scharfe Kritik an der Entscheidung der SVP. Diese hatte in einer ersten Sondierungsrunde zunächst mit Vertretern aller Parteien gesprochen. Sven Knoll, Abgeordneter der Oppositionspartei Süd-Tiroler Freiheit, die eine Wiedervereinigung mit Österreich anstrebt und bei den Wahlen ihren Stimmenanteil auf 10,9 Prozent deutlich erhöhen konnte und vier Mandate errang, sprach von einer „Verlierer-Koalition Kompatschers“. Dazu sei Kompatscher sogar bereit, „mit den neofaschistischen Fratelli d'Italia

zu koalieren, deren Vertreter offen den Faschismus und Mussolini verherrlichen und deren Vorsitzende Giorgia Meloni sogar gefordert hat, dass jene Südtiroler, die sich nicht als Italiener fühlen wollen, über den Brenner verschwinden sollen“, sagte Knoll.

Signalwirkung für ganz Italien

Paul Köllensperger, Gründer und Parteichef des Teams K, zeigte sich von der Entscheidung der SVP nicht überrascht. „Drei Viertel der SVP sind für eine rückwärtsgewandte, reaktionäre Politik“, sagte Köllensperger, man werde im Landtag die Oppositionsarbeit für eine fortschrittliche Politik fortsetzen. Die Grünen sprachen von einem „Dammbruch“.

Die Entscheidung Kompatschers hat für ganz Italien Signalwirkung, namentlich mit Blick auf die Europawahlen im Juni 2024.

Kompatscher gilt als Vertreter des liberalen Flügels der SVP, er schien die Partei für eine mögliche Mitte-links-Koalition zu öffnen, hat sich nun aber doch wieder den Rechten zugewandt. SVP-Parteichef Philipp Achammer sagte, die mögliche Koalition würde „eine Zweckehe und keine Liebeshochzeit“ sein. Er unterstrich, dass von den möglichen Partnern keine Vorbedingungen gestellt werden dürften, zudem werde die SVP nicht von ihren Grundsätzen abrücken. Auch Kompatscher versicherte, dass man sich mit allen möglichen Koalitionspartnern politisch schwertue.

Der künftigen Regierung dürften elf Minister angehören, wobei zwei Sitze an die Vertreter der italienischsprachigen Wähler gehen sollen, ein Posten soll dem Vertreter der ladinischen Sprachgruppe zufallen. Die Brüder Italiens fordern für sich außerdem den Posten eines stellvertretenden Landeshauptmanns.